

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2210/2020**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 28.04.2020

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al - /1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Fraktion Gießener LINKE

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Entscheidung

Betreff:

Möglichst schnelle Rückkehr zum Stadtparlament!

- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 27.04.2020 -

Antrag:

„Der HFWRE spricht sich dafür aus, dass wir in Gießen wieder so schnell wie möglich, d. h. wie es die Corona-Krise zulässt, zur parlamentarischen Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen zurückkehren. Dazu beschließt der HFWRE im Einzelnen:

1. Unter der Bedingung, dass sich die Corona-Pandemie im kommenden Monat (Anfang Mai – Anfang Juni) nicht wieder verschlechtert – u. a. muss die Reproduktionsrate weiter unter 1 bleiben - hat, wird ab Juni der Beschluss STV/2158/2020 aufgehoben und die Beschlussfassung wieder an die Stadtverordnetenversammlung übertragen
2. Der HFWRE beantragt für Dienstag, den 2. Juni 2020, eine a. o. Sitzung des Ältestenrates.
3. Auf dieser Sitzung entscheidet der Ältestenrat, ob sich die Situation nicht weiter verschlechtert hat und somit in der 3. und 4. Juni-Woche die Ausschüsse und am 2. Juli die Stadtverordnetenversammlung tagen können.“

Begründung:

Natürlich ist es schwer, heute einzuschätzen, wie sich die Corona-Pandemie bis zum Juni entwickelt hat und ob die Rückkehr zur Arbeit im Stadtparlament vertretbar ist.

Allerdings wenn wir uns die Möglichkeit offenhalten wollen, im Juli wieder als Stadtparlament zu tagen, dann muss dies jetzt vom HFWRE vorsorglich beschlossen werden. Denn umgesetzt werden kann ein derartiger Beschluss des HFWRE erst in der folgenden Sitzungsrunde. Wenn also dieser Beschluss jetzt nicht gefasst wird, wäre aufgrund der Sommerferien erst Mitte September wieder eine Sitzung des Stadtparlamentes möglich. Die kommunale Demokratie in Gießen auf Sparflamme zu setzen, das war angesichts des Notstandes und ist bis Juni, also für etwa ein Vierteljahr, noch vertretbar, aber diese Notregelung auf ein halbes Jahr zu verlängern, ist mit Sicherheit nicht mehr notwendig und muss vermieden werden.

Michael Janitzki